

Niederschrift
über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses
am 23.02.2023

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 17:11 Uhr bis 17:13 Uhr und 17:16 Uhr bis 17:20 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Dr. Simon Lange
Herr Frank Strothmann
Herr Marlon Thenhaus

SPD

Frau Ayla Avvuran
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Birol Keskin
Herr Selçuk Solmaz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Frau Kerstin Möller
Herr Peter Pütz
Herr Dominik Schnell

AfD

Herr Marvin Braungart

Die Partei

Herr Tjark Nitsche

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Beratendes Mitglied

Frau Renate Worms

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel – Dezernat 1
Herr Laskowski – Koordinierungsstelle Digitalisierung
Herr Meier – Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen
Herr Hauptmann – Amt für Verkehr
Herr Edler – Digitalisierungsbüro
Frau Middeke - Digitalisierungsbüro

Gast

Herr Dr. Bruder – Vorsitzender des Beirates für Behindertenfragen

Schriftführung

Frau Birte Gräbe

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Das digitale Aufzeichnungsgerät wird gestartet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Vollmer begrüßt die Mitglieder zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Auf die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, ob es Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gäbe, regt Herr Dr. Lange an, den Tagesordnungspunkt 7 in zweiter Lesung zu behandeln.

Hierauf erwidert Herr Vollmer, dass er diesbezüglich einen konkreten Vorschlag zum Tagesordnungspunkt unterbreite werde.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 25.01.2023

Der Digitalisierungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 25.01.2023 wird nach Inhalt und Form genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Herr Vollmer informiert, dass er zugesagt habe, dass sich der Digitalisierungsausschuss mit der moBielYou-App auseinandersetzen werde, da es hierzu viele Rückmeldungen gegeben hätte. Allerdings ist die Rechtsbeziehung Stadt und moBiel insbesondere hinsichtlich der Betrauung nicht abschließend geklärt. Er habe daher diesbezüglich eine Anfrage im Stadtentwicklungsausschuss gestellt. Sobald ihm Informationen vorlägen, würde er diesen Punkt noch einmal aufrufen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es wurden keine Anträge gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 5 Neuausrichtung des Mobilfunkausbaus in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4906/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Der Digitalisierungsausschuss fasst daher folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen Senne, Dornberg, Gadderbaum, Heepen, Jöllenbeck, Mitte, Schildesche, Sennestadt, Stieghorst und Brackwede sowie der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb, der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Betriebsausschuss Umweltbetrieb, der Schul- und Sportausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Stadtentwicklungsausschuss und der Digitalisierungsausschuss empfehlen dem Rat folgenden Beschluss zu fassen, der Rat beschließt:

- 1. Es wird die Wichtigkeit des Mobilfunkausbaus, insbesondere mit neuen Mobilfunktechnologien wie 5G oder neuere, für die Stadt Bielefeld anerkannt.**
- 2. Zukünftig werden grundsätzlich die Vorgaben der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in seiner jeweils aktuellen Fassung für den weiteren Mobilfunkausbau in der Stadt Bielefeld angewendet.**
- 3. Die Beschlüsse vom Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss vom 18.12.2001 (TOP 8, Vorlage 4662) und vom 23.11.2004 (TOP 31, Drucksachen-Nr. 219) sowie der Beschluss vom Werksausschuss Immobilienservicebetrieb vom 23.11.2004 (TOP 15, Drucksachen-Nr. 219) für den Mobilfunkausbau werden aufgehoben.**
- 4. Der Rat beauftragt die Verwaltung Anfragen von Unternehmen zum Mobilfunkausbau zu koordinieren und vorbehaltlich notwendiger Prüfungen, städtische Liegenschaften für den Mobilfunkausbau zur Verfügung zu stellen.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6 und 6.1

Einführung eines Livestreams bei öffentlichen Ratssitzungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5367/2020-2025
5677/2020-2025

Zur Begründung des Antrages (Drucksache 5677/2020-2025) verweist Frau Avvuran auf Seite 3 der Vorlage (Drucksachennummer 5367/2020-2025) und äußert Ihr Unverständnis, dass das Live-Streaming zunächst ohne Gebärden- und Schriftdolmetschung starte. In ihren Augen sei die Formulierung in folgendem Punkt

- *Das Livestreaming startet in „einfacher“ Form ohne Gebärdendolmetschung und ohne Schriftdolmetschung. Zunächst werden Erfahrungen mit dem neuen Angebot an die Bürger*innen gesammelt und die Reaktionen der Nutzer*innen aus dem Kreis der Menschen mit Behinderung abgewartet, bevor zusätzliche Kosten für Personal und Technik in das RatsTV investiert werden.*

sehr unglücklich gewählt, wenn nicht bereits diskriminierend. Sie stelle sich außerdem die Frage, ob vorher mit dem Beirat für Behindertenfragen Kontakt aufgenommen wurde. Es sei nicht nachvollziehbar, warum zunächst auf die Reaktionen von Menschen mit Behinderung gewartet würde. Grundsätzlich hätte man sich die Bereitstellung barrierefreier Angebote zum Ziel gesetzt und daher müsse Barrierefreiheit von Anfang an bei der Umsetzung von digitalen Angeboten unabhängig von den dabei entstehenden Kosten bestmöglich gewährleistet werden.

Herr Brüntrup weist darauf hin, dass dann aber Gebärdendolmetscher und Gebärdendolmetscherinnen live bei den Ratssitzungen anwesend sein müssten. Die CDU-Fraktion würde deshalb zunächst gern wissen, welche Personalkosten hierfür zu veranschlagen seien. Wegen der Kurzfristigkeit des Antrages und der unklaren Zusatzkosten sehe sich die CDU-Fraktion nicht in der Lage, über den Antrag in dieser Sitzung abzustimmen.

Daraufhin unterbricht Herr Vollmer die Sitzung und gibt Herrn Dr. Bruder Gelegenheit zu Stellungnahme.

Die Sitzung wurde von 17:11 bis 17:13 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung regt Herr Dr. Lange an, die im Zusammenhang mit Punkt 2 des Antrages aufgeworfenen Fragen bis zur nächsten Sitzung inhaltlich zu klären und den Antrag heute zurückzustellen. Der Antrag könne ja auch zur Ratssitzung eingebracht werden und bis dahin gebe es vermutlich ergänzende Informationen. Zu Punkt 3 des Antrages würde er gern von der Verwaltung wissen, welche Hürden es für die Bereitstellung des Streams auf der städtischen Homepage gäbe.

Herr Vollmer teilt hierzu mit, dass der technisch verantwortliche Mitarbeiter aufgrund seines Urlaubes heute nicht verfügbar gewesen sei. Diesbezüglich ergänzt Herr Kaschel, dass der Antrag erst am Sitzungstag eingereicht wurde und daher die Verwaltung zu den technischen Herausforderungen aktuell nicht umfänglich sprachfähig sei. Die Vorlage würde aber auch noch im Haupt- Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA) beraten und bis dahin kläre die Verwaltung offene Punkte.

Herr Braungart bringt seine Verwunderung über den Antrag zum Ausdruck. Seiner Ansicht nach sei der Livestream ja schon deutlich barrierefreier als eine Vor-Ort-Teilnahme an Sitzungen. Aktuell würden öffentliche Ratssitzungen auch nicht von Gebärdendolmetschern übersetzt und bei YouTube gebe es automatisch Untertitel. Er könne nicht erkennen, wo der Mehrwert liege, wenn bei Start des Livestreams nun zwingend Gebärdensübersetzung erfolgen müsse.

Hierauf entgegnet Frau Avvuran, dass der Mehrwert auf der Hand liege.

Herr Vollmer schlägt vor, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen und in der Sitzung des HWBA zu den beiden Punkten zu beraten.

Frau Avvuran beantragt daraufhin eine kurze Sitzungsunterbrechung zur fraktionsinternen Abstimmung.

Diesem stimmen die Anwesenden zu.

Die Sitzung wurde von 17:16 bis 17:20 unterbrochen.

Frau Avvuran teilt bei Wiederaufnahme der Sitzung mit, dass die Bedenken und Einwände der CDU-Fraktion nachvollziehbar und als Anregungen willkommen seien. Der Antrag werde aber dennoch in der vorliegenden Form gestellt.

Daraufhin informiert Herr Brüntrup, dass sich die CDU-Fraktion dann der Abstimmung enthalten müsse, da zunächst die Kostenfrage zu klären sei. Aktuell wären 20.000 Euro veranschlagt und bei Einsatz von Dolmetschern und Dolmetscherinnen würden diese ja erheblich steigen.

Frau Avvuran erwidert, dass die Kosten bei der Umsetzung inklusiver Angebote und zur Gewährleistung von Teilhabe am öffentlichen Leben zweitrangig seien.

Auf Nachfrage von Herrn Vollmer bestätigt Herr Kaschel, dass die Verwaltung auch bei heutiger Abstimmung über den Antrag ergänzende Informationen bereitstellen werde, da es sich bei den Zusatzbeschlüssen aus dem Ergänzungsantrag um Empfehlung an den Rat handeln würde.

Auf Nachfrage von Herrn Thenhaus erläutert Herr Vollmer, dass man bezüglich des Streaming-Anbieters YouTube zunächst Bedenken gehabt hätte und daher nach einer alternativen Lösung gesucht werden müsse. Damit die Testphase aber starten könne, hätte man die Formulierung im Antrag entsprechend gewählt.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt daraufhin die Vorlage, Drucks.-Nr. 5367/2020-2025, zur Kenntnis und fasst auf Grundlage des vorliegenden Ergänzungsantrages (TOP 6.1) folgenden

Beschluss:

Der Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschafts- förderungs- und Beteiligungsausschuss und dem Rat die Einführung eines Livestreams bei öffentlichen Ratssitzungen abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung mit folgenden Maßgaben zu beschließen

- 1. die Einführung eines Live-Streams der öffentlichen Sitzungen des Rates im Internet. Nach einem Jahr erfolgt eine Evaluation. Darüber hinaus wird dann geprüft, ob auch Ausschusssitzungen im Internet übertragen werden sollen.**
- 2. Parallel zur Einführung des Live-Streams arbeitet die Verwaltung daran, auch Menschen mit Behinderungen zeitnah die Teilhabe am Rats-TV zu ermöglichen.**
- 3. Neben der Einstellung des Live-Streams auf YouTube sorgt die Verwaltung für eine DSGVO-konforme Bereitstellung des Streams auf der städtischen Homepage.**
- 4. die 10. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 05.08.2004 laut Anlage.**
- 5. § 19 d der Geschäftsordnung des**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Gestaltungsgrundsätze Smart City

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5358/2020-2025

Herr Vollmer greift die Anregung von Herrn Dr. Lange auf und schlägt vor, die Vorlage nach den Sommerferien zu beraten, da die Thematik sehr komplex sei und mehr Vorbereitungszeit benötigte.

Herr Brüntrup reagiert auf den Terminvorschlag irritiert, woraufhin man sich auf eine erneute Behandlung des Tagesordnungspunktes vor den Sommerferien verständigt.

Der Digitalisierungsausschuss vertagt die Behandlung des Tagesordnungspunktes auf eine der beiden Sitzungen im Mai 2023.

-.-.-

Zu Punkt 8

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es wird kein Bericht gegeben.

Bernd Vollmer

Birte Gräbe